

### **Der Steuerkommissar verabschiedet sich artig**

Am 12.11.13 hat der vom Innenminister beauftragte Steuerkommissar den Haushalt 2013 und den dazu passenden "fortgeschriebenen" Sanierungsplan gebilligt. Dieser Plan entspricht den Forderungen des Stärkungspaktgesetzes und führt zum Haushaltsausgleich bis 2021. Das funktioniert aber nur mit Steuererhöhungen (Grundsteuer B bis 995 %) und nur wenn sich andere Rahmenbedingungen nicht wesentlich ändern. Bei einem Innenminister, der im laufenden Stärkungspakt dessen Finanzierung bereits mehrfach ändern musste, ist das unwahrscheinlich. Dass die Finanzprobleme kleiner Landkommunen im wesentlichen vom Land verursacht wurden, hat Herr Ballast nie öffentlich erwähnt. Der Dank des Innenministers war ihm sicher. An den Fakten ändert das nichts:

- Das Haushaltsdefizit Nideggens lag 2012 bei 4 Mio. €,
- 10 % des Defizit wurde durch Zinsen verursacht: 0,4 Mio. €,
- 56 % des Defizit wurde durch Reduzierung der Schlüsselzuweisungen des Landes verursacht: 2,25 Mio € (in 2012 gegenüber 2009).
- Die Erhöhung der Grundsteuer B in 2013 von 450 auf 600 % bringt 0,5 Mio €.

Zum Abschied gönnte Herr Ballast der Bürgermeisterin noch ein nettes Abschiedsgeschenk: Sie durfte rund 20.000 € als Repräsentationsaufwand für die 700 Jahr-Feier ausgeben. Die "Großzügigkeit" konnte er sich leisten, in seiner Steuererhöhung war das locker enthalten.

### **Der Parteisoldat hat sich wacker geschlagen**

Als Gutachter hatte die Bezirksregierung Herrn Hadel, den ehemaligen Kämmerer Wesselings, ausgewählt. Sein Parteibuch hatte "sicher" kaum Einfluss auf die Auswahl. Er hat die Fortschreibung des Sanierungsplanes und den Haushaltsentwurf 2013

geprüft. Dabei hat er etliche der "Luftnummern" erkannt und ausgemerzt. So ist z.B. nun endlich die Heranziehung der Kreis- und Landstraßen zur Niederschlagswassergebühr gestrichen. Damit sind Einnahmen von 60.000 € jährlich weggefallen. Wir hatten von Anfang an darauf hingewiesen, dass Gebühren zweckgebunden sind und nicht in den allgemeinen Haushalt fließen. Trotzdem hat Herr Ballast noch am 02.07.13 bei der Info-Veranstaltung in Berg diese Luftnummer eifrig verteidigt. Herr Hadel konnte ihn wohl aufklären. Wir konnten nicht ahnen, dass dem vom Innenminister gerühmten Steuerkommissar das Kommunalabgabengesetz nicht geläufig war. Neben etlichen Hinweisen auf die im Haushalt 2012 festgestellten Mängel und Fehler hat er als wesentliche Leistung festgestellt, dass Nideggen unter den Bedingungen des Sanierungspaktgesetzes durchaus sanierungsfähig ist. Das war sein Auftrag. Den hat er brav erfüllt.

2004 stellt ihn die SPD sogar als Landratskandidaten auf. "Die hatten absolute Personalnot und wussten außer mir niemand anderes". Er fühlte sich als "Parteisoldat" verpflichtet und ging in den Wahlkampf. (Kölner Stadtanzeiger, 23.02.12)

### **Wie geht es weiter?**

Am 23.04.13 hatte der Rat gegen die Stimmen der Bürgermeisterin, der SPD, der Grünen und der Unabhängigen beschlossen: "Wer diesem Sanierungsplan zustimmt, billigt nachträglich das Aushungern der kleinen Flächengemeinden durch das Land und nimmt dem Land die Verantwortung dafür ab." Wenn die Bürgermeisterin am 17.12.13 dem Rat die nächste Steuererhöhung vorlegt, hat sich an den Fakten nichts geändert. Trotzdem werden etliche Ratsmitglieder, die gegen die Steuererhöhung 2013 waren, nun plötzlich zustimmen.

### **Die Ausreden werden wohl sein:**

- Wir müssen unseren Gestaltungsspielraum nutzen.
- Wir wollen unsere Arbeit selbst tun.
- Wir können das sonst den Bürgern nicht vermitteln.

### **Richtig ist:**

- **Wir haben keinen Gestaltungsspielraum.** Wer 2 Beine amputiert bekommt, spricht nicht von Gestaltungsspielraum, wenn er entscheiden darf, welches zuerst dran kommt.
- Es ist nicht unsere Arbeit, dem Land die Verantwortung abzunehmen.
- Wer sich jahrelang nicht um Haushaltsfragen gekümmert hat, kann dem Bürger wirklich nicht vermitteln, was er selbst nicht versteht.

Sie sollten nach dem 17.12.13 fragen, welcher CDU-Ratsvertreter gegen die Steuererhöhung 2013 geklagt und der Steuererhöhung 2014 zugestimmt hat.

## Sparen geht anders

Die städtische Trägerschaft für die Kita Schmidt soll mit Ablauf des Kindergartenjahres 2013/14 aufgegeben und die Trägerschaft an einen freien Träger abgegeben werden. Das sollte jährlich über 60.000 € einsparen. Gleichzeitig wurde der Vertrag über den Kindergartenpool gekündigt. Das sollte jährlich 15.000 € einsparen. Der Gutachter, Herr Hadel, rechnete nun die Folgen vor:

- an den neuen Träger sind ca. 80.000 € aus nicht verausgabten Landes-Mitteln für die Einrichtung zu übergeben. Wir haben sie nicht zurückgelegt, also: zusätzlichen Kredit aufzunehmen.
- für den Kindergartenpool sind nach Vertragslage 2013-2016 Mehrkosten von 211.457 € zu zahlen. Erst ab 2019 sollen dann 15.000 € weniger als bisher gezahlt werden. **Erst 2032** klingelt dann der erste durch die Kindergartenpool-Kündigung eingesparte Euro in Nideggens Kasse.

Nun sucht der Kreis nach einer Lösung und Frau Göckemeyer hat ein gutes Negativ-Beispiel gefunden um in ihrem Neben-Job an der Fachhochschule Düsseldorf über die hohe Kunst "Interdisziplinäre Planung in der Kommune" zu dozieren.

## Wir bezahlen den Schülertransport für Heimbacher und Vettweißer Kinder

Nach dem Schulgesetz bezahlt der Schulträger (Gemeinde oder Schulverband) die Fahrtkosten. Der Rat hatte am 21.06.2011 beschlossen: "Mit den Kommunen des Südkreises gilt es eine Gemeinschaftslösung zu finden. Der Rat der Stadt Nideggen ist dabei ständig über den Planungsstand ... zu unterrichten und in die Entscheidungsfindung einzubinden." Danach erfuhren Ratsmitglieder, Eltern, Kinder und Schulkollegien von der längst beschlossenen Gründung der Sekundarschule Kreuzau/Nideggen und dem Auslaufen der Haupt- und der Realschule aus der Zeitung. Auch die Stadt Heimbach, mit der wir einen Schulverband für die Hauptschule haben, wurde auf diesem Weg vor vollendete Tatsachen gestellt. Kein Wunder, dass sich Heimbach und Vettweiß entspannt zurücklehnten und das Angebot, dem Schulverband Kreuzau/Nideggen beizutreten, dankend ablehnten. Der Gutachter, Herr Hadel, rügt das als Beispiel schlechter interkommunaler Zusammenarbeit, die Nideggen "beträchtliche" Kosten verursacht. Er stellt fest: "Hinzu kommt: Es hätte noch Zeit zur Verfügung gestanden, Verhandlungen über die interkommunale Zusammenarbeit für die Trägerschaft zu führen." Da irrt der Gutachter. Frau Zentis, Grüne, hatte in ihrem Antrag den Termin 30.09.11 zur Anmeldung beim Land gefordert. Neben dem Interesse der Kinder, das "selbstverständlich immer und überall im Vordergrund" steht, spielte vielleicht auch eine Rolle, dass die ehemalige Solinger Sachbearbeiterin und Nideggener Bürgermeisterin der ehemaligen Solinger Ratsfrau und NRW-Schulministerin einen Gefallen tun wollte. Auch Frau Zentis wird die eilige Gründung der Sekundarschule bei der Festlegung der Reihenfolge auf der Landesliste nicht geschadet haben. Über die Frage, wer das Gerücht verbreitet hat, es gebe nur für die ersten Sekundarschulen zusätzliche Fördermittel, spekulieren wir nicht. Es gibt gar keine Fördermittel.

## Windkraft

Wenn ein erheblicher Teil des Stadtgebietes mit Windkraftanlagen verspargelt wird, sind die Auswirkungen unübersehbar. Hier gilt es die Einwohner nicht nur nachträglich zu informieren, sondern frühzeitig zu beteiligen. Mit Beteiligung meinen wir dabei nicht die formale Beteiligung nach dem Baugesetzbuch (Auslegen der beschlossenen Pläne für eine festgesetzte Frist und anschließendes Zurückweisen der einzelnen Einsprüche), sondern rechtzeitige Information aller Betroffenen und Interessierten mit der Möglichkeit Fragen zu stellen und Meinungen auszutauschen. Wir hatten deshalb im April eine Einwohnerversammlung beantragt. Bürgermeisterin, SPD, Grüne und Unabhängige waren dagegen. Da die CDU nur mit 3 ihrer verbliebenen 6 Ratsmitglieder anwesend war, wurde der Antrag bei Stimmgleichheit abgelehnt. Damit hatte die CDU den Antrag abgewürgt und gleichzeitig gezeigt, dass sie entschlossen für mehr Bürgerbeteiligung eintritt! Grüne und SPD zeigten was ihr Lippenbekenntnis für mehr Bürgerbeteiligung wert ist!

Damit wenigstens der Stadtentwicklungsausschuss sich endlich in **öffentlicher** Sitzung mit dem Thema befasst, haben wir eine Sondersitzung beantragt. Frau Göckemeyer glaubte, die Sitzung mit einem Anruf beim Fraktionsvorsitzenden streichen zu können. Das funktionierte nicht. Darauf hin verfiel sie auf die geniale Idee eine **nichtöffentliche** "Informationsveranstaltung über Chancen und Risiken der Windenergienutzung" für die Fraktionen durchzuführen. Als Referent konnte sie Herrn Schruff von der REA GmbH verpflichten. Das nennt man "Den Bock zum Gärtner machen". Er verdient an diesen Anlagen. Wir sind nicht gegen eine bezahlbare Energiewende. Windkraft sollte man aber vorrangig dort nutzen, wo das auch wirtschaftlich sinnvoll ist. In Nideggen ist zwischen dem relativ geringen wirtschaftlichen Nutzen für die Stadt und der langfristigen Verschandelung des Stadtgebietes abzuwägen. Ein Windkraft-Gürtel um Berg bedeutet zusätzlich zu den Steuererhöhungen eine weitere Wertminderung von Grundbesitz.

## Wie ist Ihre Meinung?

Unsere Meinung werden wir in der **öffentlichen** Fraktionssitzung am 02.12.13, 19:00, festlegen. Die Ausschusssitzung ist am 10.12.13, 19:00.

## Zusatz 14.12.13

### Die Bürgermeisterin informiert:

"Bürger haben mich auf die MFN-Info 2/2013 Aufmerksam gemacht, in der unter anderem berichtet wird, dass Herr Ballast in seiner Funktion als Beauftragter für die Stadt Nideggen an Stelle des Rates mir als Bürgermeisterin zum Abschied ein Geschenk gönnte: "Sie durfte rund 20.000 € als **Repräsentationsaufwand für die 700 Jahr-Feier** ausgeben". Die in dieser Info bezeichneten 20.000 € sind im Haushalt 2013 als Ansatz für das Jahr 2012 eingetragen. Ausgegeben wurde von dieser Summe aufgrund der haushaltslosen Zeit kein Cent. Die gesamten Ausgaben für die 700 Jahrfeier wurden im Jahr 2013 getätigt, belaufen sich - wie im Haushalt 2013 eingeplant - auf ca. 14.000 € und wurden vollständig durch Spenden und Sponsoring gedeckt."

(zitiert aus "Die Bürgermeisterin informiert", 50.Woche 2013)

### Der Gutachter stellte fest:

"Weitere größere Mehrbedarfe sind dargestellt:

- unter dem Konto 543105 - „Beiträge zu den Wasserverbänden“:  
Dem Ist-Wert für 2012 von 1.796.379 € steht für 2013 - nun - ein Ansatz von 1.850.000 € gegenüber;
- unter dem Konto 54321 - „Repräsentationsaufwand“:  
**Der Ist -Wert für 2012 beträgt 732 €; der Ansatz für 2013 soll - nun - 20.150 € lauten.**  
**Die Anhebung geht auf die Feiern „700 Jahre Nideggen“ zurück."**

(zitiert aus Bernhard Hadel - GUTACHTEN BETREFFEND DIE HAUSHALTSLAGE DER STADT NIDEGGEN im Auftrag der Bezirksregierung Köln, 04.10.13, Seite 76)

## Zusatz 20.01.14

### Die Nachfrage:

"Wir hatten unsere Information dem Gutachten des Herrn Hadel entnommen. Ist ihm ein Irrtum unterlaufen? In den drei öffentlichen Info-Veranstaltungen hat Herr Hadel mehrfach betont, dass sein Gutachten in enger Zusammenarbeit mit Ihnen und den Mitarbeitern der Stadtverwaltung entstanden ist. Haben Sie Herrn Hadel und die Bezirksregierung, für die er das Gutachten erstellte, auf den "Irrtum" hingewiesen?"

(zitiert aus Heinrich Esser an Bürgermeisterin vom 23.12.13)

### Die Antwort:

"Tatsächlich sind die Ausführungen im Gutachten betreffend der Haushaltslage der Stadt Nideggen nicht ganz zutreffend. Eine Rückmeldung an Herrn Hadel als Gutachter erfolgt nicht, jedoch werden die Ergebnisse des Gutachters mit der oberen Kommunalaufsicht im Rahmen des permanenten Berichtswesens rückgekoppelt.

Die das Haushaltsjahr 2013 betreffenden Aussagen aus dem Gutachten wurden meinerseits bei der Aufstellung des Haushaltsplanes und seitens der Bezirksregierung im Genehmigungsverfahren berücksichtigt."

(zitiert aus Bürgermeisterin an Heinrich Esser vom 14.01.14)